

**Warum es den Mächtigen nicht gelang,  
1989 eine Revolution zu verhindern.  
Eine Untersuchung von Walter  
Süß über das Ende der Staatssicherheit\***

**Gelesen und besprochen von Gerhard Wettig**

Walter Süß, der heute als Forscher bei der Gauck-Behörde tätig ist, begann sich schon im Herbst 1989 als Journalist bei der »taz« näher mit den damaligen aufregenden Geschehnissen in der DDR zu befassen. Die Entwicklung des Bürgerprotests beobachtete er anfänglich mit einem Gefühl der Beklemmung, weil es eine ausgemachte Sache zu sein schien, daß die SED-Führung mit voller Gewalt zuschlagen würde, um die Bedrohung ihrer Diktatur abzuwehren. Als offene Frage galt nur, wann dieser Punkt erreicht sein würde. Mit wachsendem Erstaunen sah er dann, daß das Regime, das wie kein anderes Sicherheitsapparate zum Schutz vor der Bevölkerung aufgebaut und noch kurz zuvor die entschlossene Bereitschaft zum Einsatz auch der extremsten Gewaltmittel erklärt hatte, widerstandslos eine Position nach der anderen räumte, bis es schließlich völlig kapitulierte. Das Rätsel, wie dies geschehen konnte, schlug Süß seither in seinen Bann. Um es zu lösen, schrieb der Autor das vorliegende Buch.

Walter Süß erörtert auf kenntnisreiche Weise verschiedene theoretische Paradigmen zum Problem der SED-Herrschaft und ihrer Beendigung, insbesondere die Erklärungsansätze Totalitarismus, Modernisierung, Transition und Revolution. Anschließend sucht er zu enträtseln, wieso die agierenden Einsatzleiter und Spitzenpolitiker in der DDR auf den Gebrauch von Gewalt gegenüber demonstrierenden Bürgern verzichteten. Er geht dabei so vor, daß er, von Ereignis zu Ereignis voranschreitend, die sachrelevanten Einzelheiten minutiös aufklärt. Auf der Grundlage eines umfassenden Studiums vieler Quellen, nicht zuletzt auch von Akten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes und verschiedener Interviews mit Zeitzeugen, zeichnet er ein genaues Bild dessen, wie die Beteiligten – Sicherheitskräfte und Bürger – die Vorgänge des Herbstes 1989 wahrnahmen und wie sie darauf reagierten.

Bei diesen Darlegungen ergeben sich immer wieder Einsichten allgemeineren Charakters. So wird deutlich, daß die Sicherheitsapparate, vor allem

---

\* Walter SÜSS, *Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern*, Berlin: Ch. Links Verlag 1999, DM 58,-.

auch die Dienststellen des MfS, schon vor Beginn des Straßenaufzugs nur einen eingegengten Handlungsspielraum besaßen: Die der DDR vom Kreml abgenötigte Übernahme menschenrechtlicher Verpflichtungen sollte zwar nach intern erklärter Absicht folgenlos bleiben, ließ sich aber faktisch nicht ignorieren, weil Honecker finanziell motivierte Rücksichten – namentlich auf die Bundesrepublik – nehmen und daher Tatbestände zu vermeiden suchte, die ein vertragswidriges Verhalten offen hätten zutage treten lassen. Die Verteidiger des Regimes wurden zudem dadurch irritiert und gehemmt, daß sie aufgrund der vorangegangenen ideologischen Instruktionen mit völlig anderen Widersachern rechneten. Statt mit feindseligen und rabiaten »Konterrevolutionären« hatten sie es mit friedlich-sanften Demonstranten zu tun, die das System des Sozialismus nicht in Frage stellten (was, wie sich später zeigen sollte, bei den anfänglich maßgebenden Bürgerrechtlern keine Mimikry war). Dadurch geriet das Feindbild durcheinander, von dem Führung und Sicherheitskräfte ausgingen. Als wichtigen Umstand notiert der Autor auch, daß Gorbatschows Perestrojka im Innern und Westöffnung nach außen – beides Politiken, zu denen das Honecker-Regime sichtbar und geradezu demonstrativ auf Distanz ging – den Gleichklang mit der UdSSR beseitigten und so zum Wegfall der daraus abgeleiteten Legitimitätsbasis führten.

Die vorstehenden Darlegungen erklären freilich nicht, wie es insgesamt zu den Entwicklungen vom Herbst 1989 kommen konnte. Hatte etwa die Rücksichtnahme auf den Eindruck im Ausland von vornherein Vorrang vor dem Bemühen um Macht- und Systemerhalt? War es denn nicht für einen Kommunisten aus der Schule Lenins und Stalins selbstverständlich, daß man – und zwar nicht nur dann, wenn sich die Machtfrage stellte – angesichts von Aktionen »objektiv fortschrittsfeindlichen« Charakters nicht auf den subjektiven Bewußtseinszustand von Personen und Gruppen schauen durfte, sondern allein das zu erwartende politische Resultat zu berücksichtigen hatte? Konnte der fehlende Gleichklang mit der Sowjetunion (der nicht nur Honecker als vorübergehendes, weil durch einen Machtwechsel im Kreml überwindbares Phänomen erschien) Zweifel an dem stets bekundeten Standpunkt hervorrufen, man müsse im Bedarfsfalle alle erforderlichen Mittel (über die man ja verfügte) einsetzen, um den Sozialismus und die eigene Macht in der DDR aufrechtzuerhalten?

Wer die äußeren und inneren Begleitumstände des Untergangs der DDR umfassend untersucht hat und die einschlägige Literatur kennt, ist sich der zentralen Bedeutung des Moskauer Umdenkens in wirtschaftlicher, außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht während der Jahre 1986-88 bewußt. Zunächst ging es nur um die Verteilung ökonomischer Lasten und politischer Kompetenzen in der »sozialistischen Gemeinschaft«, am Ende jedoch wurde das existenzbegründende Verhältnis der DDR zur UdSSR

von Grund auf erschüttert. Gorbatschows grundlegende Intention war es, die materielle Last der – in den *terms of trade* des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) verborgenen – indirekten Subventionen für die Volkswirtschaften der kommunistisch regierten Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, insbesondere auch des SED-Staates, loszuwerden. Er wandte sich zugleich gegen die bisherige Vorrangstellung des RGW-Binnenhandels und erstrebte eine umfassende Zusammenarbeit mit dem Westen, die der Sowjetunion das technische Know-how und die finanzielle Hilfe führender Industrieländer, nicht zuletzt der Bundesrepublik, verschaffen sollte.

Dieser Kurswechsel wurde erst 1988/89 mit der klaren Konsequenz verbunden, den Herrschaftsträgern in den verbündeten Ländern, vor allem in der DDR, die bisher gewährte innenpolitische Existenzgarantie aufzukündigen. In der Sicht des Kreml bedeutete dies die Befreiung von einer lästigen Verpflichtung, die längst ihre Berechtigung verloren hatte: Als selbst den USA Paroli bietende Kernwaffenmacht bedurfte die UdSSR des vorgelagerten Territoriums nicht mehr, um ihre Sicherheit zu gewährleisten, und im übrigen erwartet man, daß sich die anderen Warschauer-Pakt-Staaten zwar möglicherweise vom sozialistischen System, nicht aber vom außen- und sicherheitspolitischen Einvernehmen mit Moskau abwenden würden.

Der mittlerweile ebenfalls entstandene sowjetisch-ostdeutsche Konflikt im Blick auf den Perestrojka-Kurs der UdSSR zerstörte den letzten Rest an Übereinstimmung zwischen beiden »Bruderländern«. Parallel dazu ging der bisherige Konsens innerhalb der SED verloren. Schon 1987 bildete sich an der Spitze der Partei insgeheim eine Fronde gegen den Generalsekretär und seine Politik. Gorbatschow wurde gebeten, Honeckers Ablösung zu billigen, hielt aber an dem von ihm aufgestellten Grundsatz fest, daß jede kommunistische Partei ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen müsse, und lehnte daher ab. Er wollte nicht die – gegebenenfalls auch materiell zu tragende – Verantwortung für das Schicksal des Nachfolgeregimes übernehmen, nachdem er gerade damit begonnen hatte, derartige Pflichten abzuschütteln. Es ist bezeichnend für das Ausmaß der äußeren und inneren Abhängigkeit der ostdeutschen Genossen, daß sich die Widersacher des SED-Generalsekretärs ohne Moskauer Unterstützung nicht zum Handeln entschließen konnten. Die bloße Sympathie des Kreml genügte ihnen nicht: Sie verlangten von der Hegemonialmacht eine Versicherung gegen die Möglichkeit des Scheiterns. Es ist vielleicht nicht abwegig zu vermuten, daß es die gleiche Vollkaskomentalität war, die später auch die Honecker-Führung und deren Nachfolger vor riskanten Entschlüssen zurückschrecken ließ.

Die Haltung der ostdeutschen Akteure war am Vorabend der Erschütterungen von 1989 durch innere Widersprüche gekennzeichnet. Als Gorbatschow den Verbündeten im Herbst 1986 die ersten Schritte des Abrückens von der Breshnew-Doktrin angekündigt hatte, war Honecker noch einverstanden ge-

wesen. Denn es war dem SED-Chef im Blick auf die beginnende sowjetische Perestrojka nicht unlieb, wenn der Kreml auf diese Weise seine Politik nicht länger für allgemein verbindlich erklärte, das 1984 ausgesprochene Veto gegen einen Besuch in der Bundesrepublik fallen ließ und der DDR völlig freie Hand für vorteilbringende Geschäfte mit der westdeutschen Regierung gab. Das Korrelat – die Befreiung der UdSSR von der Pflicht zur Stützung und Aufrechterhaltung des SED-Staates – erkannte Honecker dabei nicht. Er war auch keineswegs bereit, einen derartigen Protektionsverlust zu akzeptieren, wie seine Forderungen an die Adresse Moskaus und die Erwartung ihrer selbstverständlichen Erfüllung zeigen. Erst Mitte 1989 scheint er dessen inne geworden zu sein, daß die SED-Herrschaft nicht mehr mit dem festen Rückhalt der sowjetischen »Freunde« rechnen konnte: In denkwürdigem Einvernehmen mit Ceauçescu suchte er – vergebens – Gorbatschow dazu zu veranlassen, die Breshnew-Doktrin wieder in Kraft zu setzen.

Ähnlich inkonsistent war die Politik gegenüber der Bundesrepublik. Honeckers Kurs der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« – ein Sozial- und Konsumprogramm, das nach westdeutschem Maßstab bescheiden war und daher den angestrebten Befriedigungseffekt verfehlte – hatte seit 1971 die Produktivität der DDR zunehmend überfordert und das Land in eine immer größere finanzielle Abhängigkeit von der Bundesrepublik versetzt. Im Herbst 1989 stand der SED-Staat unmittelbar vor dem Bankrott – und als Retter kam nur die westdeutsche Seite in Betracht. Zu allem Überfluß suchte der ostdeutsche Führer seine Herrschaft gegenüber der eigenen Bevölkerung dadurch zu legitimieren, daß er sich um eine möglichst weitreichende Anerkennung durch Bonn bemühte. Zugleich jedoch sah er in der Bundesrepublik den altbösen »Klassenfeind«, den es unablässig zu bekämpfen galt und mit dem ein kooperatives politisches Verhältnis grundsätzlich nicht möglich war. Damit nahm er sich von vornherein die Option, für die DDR notfalls eine Alternative oder wenigstens eine Ergänzung zur Stützung seitens der UdSSR zu entwickeln, obwohl Moskau immer weniger willens war, gegebenenfalls in jeder, auch materieller Hinsicht für den SED-Staat einzutreten. Die Beziehung wurde 1988/89 weiter belastet durch eine ostdeutsch-sowjetische Konkurrenz um den Zugang zu den Ressourcen der Bundesrepublik: Jeder der beiden »Bruderstaaten« suchte den anderen im Werben um die westdeutsche Gunst zu übertreffen. Die dadurch bedingten Rücksichten auf Bonn engten den innenpolitischen Handlungsspielraum der SED-Führung stark ein.

In sich widersprüchlich war auch die Situation, der sich die innerparteiliche Fronde gegenüber sah. Diese einflußreiche, teilweise zur Stasi und zum KGB hin verbundene Gruppe wartete darauf, daß sich der Generalsekretär durch schwerwiegende Fehler im Innern diskreditierte. Unter diesem Gesichtspunkt lag es objektiv in ihrem Interesse, die sich in der Bevölkerung

verbreitende Opposition nicht zu dämpfen, sondern klar hervortreten zu lassen, solange der Machtwechsel noch ausstand. Sobald dieser jedoch vollzogen sein würde, galt die umgekehrte Devise: Dann standen die Dinge um so besser, je weniger das SED-Regime vorher destabilisiert worden war. Theoretisch hatte man dann natürlich die Möglichkeit, wankend gewordene Herrschaftsverhältnisse durch Wiederanziehen der Zügel erneut zu festigen. In der Praxis jedoch war es zweifelhaft, ob sich dies die neuen Herren tatsächlich würden leisten können: Wenn sich die Beherrschten erst einmal daran gewöhnt hatten, daß die Macht »oben« nicht durchgreifen konnte oder wollte, und wenn die politische Spitze eine so ungefestigte Position vorfand, daß sie der Zustimmung »unten« bedurfte, mochten die schönsten Konzepte der Herrschaftsstabilisierung nutzlos sein. Mit anderen Worten: Alle Unruhe, die Honeckers Rivalen zunächst willkommen sein mochte, konnte sich gegen sie kehren, sobald sie die erstrebte Macht errungen haben würde. Diese Wirkung versprach um so stärker zu werden, je länger sich der Wechsel an der Spitze von Partei und Staat hinauszögern würde.

In dieser sehr komplexen Ausgangslage liegen wesentliche Voraussetzungen dafür, daß sich die SED-Führung im Herbst 1989 nicht zu einer entschlossenen Verteidigung ihrer Herrschaft mit allen Mitteln aufraffte. Ihr standen zwar alle notwendigen Machtmittel zur Verfügung. Ebenso kann man aufgrund der Stellungnahmen und Aktionen bis kurz vor den entscheidenden Entwicklungen davon ausgehen, daß es keine prinzipiellen Skrupel gab, die der Anwendung scharfer Gewalt gegen die Bevölkerung im Wege gestanden hätten. Wenn eine Studie über die Ereignisse vom Herbst 1989 die Ursachen des erstaunlichen schrittweisen Verzichts auf die Verteidigung des Regimes herausarbeiten soll (wie dies bei dem Buch von Süß erklärmaßen der Fall ist), muß sie daher Verbindungslinien von der Ausgangslage zu den dargestellten Einzelvorgängen ziehen. Die übergreifende Frage lautet also, was die bestimmenden Akteure in der Ost-Berliner Zentrale und am Ort des jeweiligen Geschehens über die rahmengebende Gesamtsituation wußten und wie sie dieses Wissen bei ihren Entscheidungen verwendeten.

Wirkte etwa das demonstrative Abseitsstehen, das Gorbatschow den im Lande stationierten sowjetischen Truppen verordnet hatte, demoralisierend auf die ostdeutschen Sicherheitskräfte, weil diese im Falle des Mißerfolgs nicht so wie am 17. Juni 1953 auf das rettende Eingreifen der UdSSR hoffen konnten und/oder weil sie die Repression durch das Ursprungsland der herrschaftslegitimierenden Ideologie mißbilligt sahen? Gibt es Hinweise darauf, daß Frondeure, Honecker-Rivalen und mit ihnen verbundene Einsatzleiter es am Willen zur Niederschlagung der Protestbewegung fehlen ließen, um den Sturz des SED-Generalsekretärs zu befördern? Was bedeutete es für die Haltung der Staatssicherheit, daß es zwischen dem – in ihren Reihen nach wie vor einflußreichen – KGB und der innerparteilichen Fronde

Verbindungen gab? Wer von den Akteuren auf der Seite des SED-Regimes war sich der Tatsache bewußt, daß die materiellen Leistungen Moskaus eine besorgniserregende Abwärtstendenz aufwiesen, daß sie sogar auf Null zurückgefahren werden sollten und daß die DDR auch ohnedies schon vor der Pleite stand? Soweit dies der Fall war: Welche praktischen Schlüsse wurden daraus gezogen? Spielte die Überlegung eine Rolle, daß es, der amtlichen »Klassenfeind«-Rhetorik zum Trotz, objektiv keine Alternative zu Einvernehmen und Kooperation mit der Bundesrepublik gab? Leitete man daraus das Erfordernis ab, es im Umgang mit den Demonstranten keinesfalls zu negativem öffentlichem Aufsehen kommen zu lassen? Nach dem Versprechen des Autors, das *Warum* des Regimeverhaltens und damit das Scheitern des Bemühens um Verhinderung des Aufruhrs zu erklären, erwartet der Leser vergeblich Antworten auf diese und ähnliche Fragen.

Süß konzentriert sich ganz überwiegend auf die Details des Geschehensverlaufs. Daher bleibt der außen- und innenpolitische Hintergrund weithin unberücksichtigt. Beispielsweise wird das zentrale Faktum des sowjetischen Abschieds von der Breshnew-Doktrin mit dem beiläufigen Hinweis abgetan, diese habe sich Ende der achtziger Jahre »verflüchtigt«. Was der Wegfall dieser innenpolitischen Bestandsgarantie für das SED-Regime bedeutete, wird dem Leser in keiner Weise erklärt. Von den anderen entwicklungsbestimmenden Begleitumstände wird kaum etwas erwähnt. Daher kann sich an sie auch nicht die Nachfrage anschließen, was davon jeweils in der einen oder anderen Situation das Bewußtsein und die Entscheidung von Akteuren beeinflußt hat. Süß hat zudem primär die Einzelvorgänge im Blick und tendiert dazu, die darüber gegebenen Berichte zu referieren. Da eine zusammenhängende Darstellung der rahmensetzenden Ausgangslage fehlt, können die Einzelinformationen auch nicht darauf bezogen werden. So bleiben wichtige Erkenntnismöglichkeiten ungenutzt. Die Perspektive wird auch dadurch verengt, daß die Aufmerksamkeit des Autors fast ausschließlich den Innenvorgängen der DDR gilt, so daß der internationale Kontext weithin außer Betracht bleibt. Das mag auch an den benutzten Quellen liegen: Diese sind nicht nur, was die Akten anbelangt, deutscher Herkunft – auch die verzeichnete Literatur kommt, von ganz wenigen englischsprachigen Titeln abgesehen, nur aus Deutschland. Besonders schwer wiegt, daß die existenzentscheidende Beziehung zur Sowjetunion kaum berücksichtigt wird.

Mit diesem Vorgehen läßt sich von dem *Warum*, dessen Aufklärung im Untertitel des Buches versprochen wird, nur wenig entschlüsseln. Die den Quellen entnommenen Erklärungen für einzelne Vorgehensweisen des SED-Regimes geben weithin Auskunft nicht über ursprüngliche Determinanten, sondern stellen bereits Folgen eines vorangegangenen Auflösungs- und Entmutigungsprozesses dar. Je mehr die Macht des SED-Regimes abnahm, desto deutlicher entwickelten sich abwärts führende Eigendynamiken. Wie

Süß ausführt, verlor etwa der ideologische Diskurs seine die Herrschaftsträger verbindende Wirkung. Angesichts einer Realität, die immer eindeutiger den ideologischen Prämissen und Postulaten zuwiderlief, büßten die marxistisch-leninistischen Erklärungs- und Deutungsmuster ihren Sinn ein. Dadurch büßten die Machthaber ihr Instrument zur gemeinsamen Definition der Wirklichkeit ein, mit dessen Hilfe sie sich bis dahin untereinander verständigt hatten. Im Zuge fortschreitenden Machtverlusts verselbständigten sich auch die funktionalen Interessen einzelner Sektoren des Herrschaftsapparats. Als die Hoffnungen auf gemeinsamen Erhalt der Herrschaft als verbindendes Moment wegfielen, dachten die Akteure der verschiedenen Einzelbereiche immer mehr daran, wie sie ohne Rücksicht auf andere am besten aus dem Schlamassel herauskämen – mit dem Ergebnis, daß die aus der jeweiligen Einzellage resultierenden Neigungen absolut gesetzt wurden und zu grundlegenden Differenzen mit anderen Herrschaftsträgern führten. Eine nicht unwichtige Rolle spielte auch, wie Süß betont, die Erziehung der Kader zu fragloser Unterordnung. Sie trug wesentlich dazu bei, daß sich die Bediensteten des MfS und andere Parteigänger des Regimes willig fügten, als ihnen die konzeptionslosen, zeitweilig geradezu kopflos wirkenden Männer an der Spitze schrittweise die Preisgabe des bisherigen Systems und damit zugleich die Aufgabe der eigenen Position und Rolle abverlangten.

In diesen und ähnlichen Phänomenen liegt freilich nicht die ursprüngliche Ursache der Entwicklung (das fundamentale *Warum*). Es handelt sich vielmehr um Modalitäten einer schon vorher in Gang gesetzten Entwicklung (also um das sekundäre *Wie*). Die erwähnte Fügsamkeit der Bediensteten beispielsweise setzte die Kopflösigkeit einer von Konzession zu Konzession stolpernden Führung als vorangehende Ursache voraus. Die grundlegende Frage lautet daher, wieso die Verantwortlichen an der obersten Spitze willens waren, von Schritt zu Schritt immer weiter zurückzuweichen. Analoges gilt für Süß' Darlegung, daß sich die Mitglieder der – als Prätorianergarde der SED geltenden – »Kampfgruppen der Arbeiterklasse« kurz vor dem Durchbruch der Demonstrationsbewegung mehrheitlich dem vorgesehenen Einsatz mit dem Hinweis entzogen, sie wollten nicht »die Knüppelgarde der Partei« sein. Da wäre zu klären, wie es zu dieser Einstellung gekommen war, d.h. welche vorausgegangenen Erfahrungen und Eindrücke den Ausstieg aus der stets als eisern geltenden Parteidisziplin bewirkten. Weiter: Erfuhren die Sicherheitskräfte, die dann die Sache des Regimes ohne die SED-Truppe zu verteidigen hatten, von deren Defaitismus? Falls ja, wie beeinflusste das ihre Moral?

Auch das Verhalten des Wachpersonals an der Berliner Mauer in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 war eine Folge vorausgegangener Ursachen. Die politische Führung hatte es versäumt, die ausführenden Organe ordnungsgemäß über die Reiseregelung zu unterrichten und ihnen einschlägige

Verhaltensmaßregeln an die Hand zu geben. Solcherart alleingelassen und mit einer immer schwerer zurückzuhaltenden andrängenden Volksmenge konfrontiert, standen die Bewacher nicht länger zu der dienstlichen Pflicht, unbefugten Personen unter allen Umständen den Grenzübertritt zu verweigern. Sie ließen den Dingen ihren Lauf. Welchen Autoritäts- und Respektsverlust muß die Führung in der vorangegangenen Zeit erlitten haben, ehe die – früher peinlichst auf Durchführung auch der geringsten Instruktionen bedachten – Untergebenen derart grundlegende Vorschriften mißachteten!

Auch dann, wenn der Autor Verhalten zu erklären sucht, ist also weithin von sekundären Motiven – und nicht vom ursprünglich bewirkenden Antrieb – die Rede. Selbst in diesen Fällen findet sich daher wenig Aufschluß über zugrunde liegende Ursachen; der Leser muß sich mit den Beweggründen von Einzelvorgängen begnügen, d.h. mit Verlaufsmodalitäten (dem *Wie* der Ereignisse), die bereits Folgeerscheinungen ganzheitlich bestimmender Ursachen sind. Das Einzelgeschehen läßt sich aber nicht aus sich selbst heraus erklären. Nur soweit größere, detailübergreifende Zusammenhänge und Antriebskräfte in den Blick treten, werden bewegungsverursachende Faktoren (das *Warum* des Geschehens) klar. An dieser weiteren Perspektive fehlt es in den Ausführungen von Süß weithin. Läßt man aber solche Erwartungen beiseite, wie sie der Untertitel des Buches weckt, wird man die Arbeit als detaillierte und kenntnisreiche Darstellung der sich innerstaatlich vollziehenden Auflösung der DDR schätzen.